Zeitschrift: Schweizer Heimwesen : Fachblatt VSA Herausgeber: Verein für Schweizerisches Heimwesen

Band: 62 (1991)

Heft: 8

Artikel: Gespräch mit zwei Gassenarbeitern in Basel : Überlebenshilfe für

Drogenabhängige als vordringliches Ziel

Autor: Décosterd, Charles / Meyer, Klaus / Wüthrich, Dieter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-810326

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Überlebenshilfe für Drogenabhängige als vordringliches Ziel

Mit einer Reihe von neuen Angeboten, so etwa dem Gassenzimmer oder einer neuen Suchtberatungsstelle im Stadtzentrum, aber auch einer verstärkten Suchtprophylaxe-Kampagne will der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt dem immer grösser werdenen Drogenproblem begegnen. Auswirkungen werden diese Neuerungen aber nicht nur auf die direkt Betroffenen, die Drogenabhängigen haben, sondern auch auf die Fachleute, die sich unmittelbar an der Basis der Fixerinnen und Fixer annehmen. Dieter Wüthrich, Fachblatt-Mitarbeiter in der Region Basel, sprach deshalb mit Klaus Meyer und Charles Décosterd, den beiden Gassenarbeitern des Baslers Vereins für Gassenarbeit «Schwarzer Peter», über ihre Arbeit und die längerfristigen Notwendigkeiten in der baselstädtischen Drogenpolitik.

DW: Was ist der Verein «Schwarzer Peter» und welche Ziele verfolgt er?

Charles Décosterd: Der Verein «Schwarzer Peter» ist eine private Organisation, die sich in der baselstädtischen Drogenarbeit engagiert. Zum einen auf der Ebene der ganz praktischen Hilfe für die Süchtigen auf der Gasse, zum anderen aber auch in der Projektarbeit. Konkret heisst dies, dass der Verein «Schwarzer Peter» Ideen für Lösungsmöglichkeiten in der Drogenpoblematik entwickelt, und danach vom Verein unabhängige Trägerschaften für diese Projekte sucht. Als Beispiel möchte ich das «Fixerstübli» nennen, das aus einer Idee des Vereins heraus entstanden ist, heute aber von einer anderen, unabhängigen Trägerschaft, dem Verein «Virus» betrieben wird. Dieser Verein ist auch der Ansprechpartner für alle Angelegenheiten, die das «Fixerstübli» betreffen.

DW: Wie stellen Sie sich zum Beschluss des baselstädtischen Regierungsrates, mit der Eröffnung des Gassenzimmers das «Fixerstübli» finanziell nicht mehr zu unterstützen? Bedeutet dies das Ende des «Fixerstüblis» oder bestehen Pläne für eine andere finanzielle Trägerschaft? Wie könnte ein solches Modell aussehen?

Klaus Meyer: Dazu möchte ich grundsätzlich folgendes festhalten: Nicht nur für uns vom Verein «Schwarzer Peter» ist dieser Entscheid des baselstädtischen Regierungsrates völlig unverständlich. Beinahe sämtliche Fachleute, eingeschlossen die kantonale Alkohol- und Drogenkommission, die Leitung der Jugend- und Drogenberatungsstelle «Drop-In» wie auch die Betreiber des Gassenzimmers, die Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen (AAJ), haben sich dezidiert gegen diesen Regierungsratsbeschluss gestellt.

Alle unsere Bemühungen in der Drogenarbeit müssen zunächst einmal auf die Überlebenshilfe für die Süchtigen ausgerichtet sein, und das «Fixerstübli» ist anerkanntermassen ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Überlebenshilfe.

Ein konkretes Finanzierungsmodell für das «Fixerstübli» besteht zwar zurzeit noch nicht, wir werden aber alles unternehmen, dass dieses absolut notwendige Angebot weiter bestehen bleibt. Dabei können wir uns auf die breite Unterstützung aus Fachkreisen berufen, so dass ich mir eine Schliessung des «Fixerstüblis» eigentlich kaum vorstellen kann. Allerdings ist die Frage nach der Finanzierung nicht die wesentliche, vielmehr muss die Frage erlaubt sein, ob sich der Regierungsrat einen solchen Entscheid angesichts der zunehmenden Verelendung im Drogenmilieu überhaupt leisten kann. Woher nimmt der Regierungsrat die Berechtigung, einem für die Aids- und Drogenprophylaxe so wichtigen Projekt die Unterstützung zu versagen?

Charles Décosterd: Ich bin enttäuscht über diesen Beschluss, der gewissermassen am Bürotisch gefällt wurde. Seit gut zwei Jahren werden hier im «Fixerstübli» Leben gerettet, das muss an dieser Stelle einfach einmal gesagt werden.

DW: Mit seinem Entscheid hat ja der Regierungsrat das «Experiment Fixerstübli» gleichsam für gescheitert erklärt. Wie ist ihre Haltung dazu?

Klaus Meyer: Tatsache ist, das wird uns auch von auswärtigen Fachleuten immer wieder bestätigt, dass das «Fixerstübli» am Lindenberg das weltweit am besten funktionierende Projekt dieser Art ist. Ich habe seitens des Regierungsrates noch kein einziges kompetentes Argument gehört, das das Scheitern des «Fixerstüblis» dokumentieren könnte. Der Entscheid des Regierungsrates ist kein fachlicher, sondern vielmehr ein rein politischer Entscheid. Ich finde es geradezu zynisch, zu behaupten, das «Fixerstübli» funktioniere nicht. Es wäre nur anständig, wenn sich der Regierungsrat bei den freiwilligen Mitarbeitern des Vereins «Virus» für die enorm schwierige Arbeit bedanken würde, die diese Leute dort leisten.

Charles Décosterd: Ich weiss nicht, wie der regierungsrätliche Entscheid etwas zur Verbesserung der Situation im Drogenmilieu beitragen soll. Wir kommen nicht darum herum, gerade im drogenpolitischen Bereich auch mutige Entscheide zu fällen, die nicht jedermanns Sache sind. Die Weiterfinanzierung des «Fixerstüblis» wäre ein solcher mutiger Entscheid. Stattdessen nimmt man einige wenige Unterschriften von Anwohnern zum Anlass, einem auch von Fachleuten anerkannten Projekt die finanziellen Mittel zu streichen.

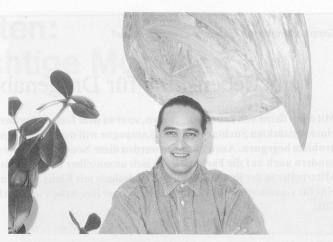
DW: Besteht die heutige Drogenpolitik nicht einfach nur aus einer Symptombekämpfung oder sehen Sie längerfristige Perspektiven für eine wirksame Strategie gegen den Drogenkonsum? Gibt es Vorbilder in anderen Städten oder Ländern, die für den Kanton Basel-Stadt wegweisend sein könnten?

Klaus Meyer: Bis vor einigen Jahren setzte man fast nur auf die Repression sprich Strafverfolgung und Strafvollzug. Dann setzte sich langsam die Erkenntnis durch, dass es zunächst einmal darum gehen muss, das Überleben der «Junkies» zu garantieren. In dieser Phase wurden Projekte zur Überlebenshilfe, wie etwa das «Fixerstübli», ins Leben gerufen. Einige bekamen ob solchen fortschrittlichen Methoden «kalte Füsse», und heute reden alle nur noch von Prävention, als ob es dadurch möglich würde, zu verhindern, dass Menschen Drogen zu konsumieren beginnen und davon abhängig werden. Wer behauptet, Prävention reiche aus, der lügt.

Charles Décosterd: Wir müssen auf eine Trennung der verschiedenen Drogenszenen hinarbeiten, wie dies zum Beispiel in Holland schon lange praktiziert wird. Nur so können wir verhindern, dass Cannabiskonsumenten früher oder später zu härteren Drogen greifen. Dann muss es darum gehen, gegen die zunehmende Verelendung der Heroinabhängigen anzukämpfen. Dies wiederum bedingt eine Entkriminalisierung des Konsums, möglicherweise auch des Handels zum Eigenverbrauch, damit die Süchtigen auf «saubere» und legale Weise zu ihrem «Stoff» kommen.



Gassenarbeiter Klaus Meyer: «Das Risiko der Verelendung in der Drogenszene wird in den kommenden Jahren noch zunehmen, . . .»



Gassenarbeiter Charles Décosterd: «Wir müssen auf eine Tennung der verschiedenen Drogenszenen hinarbeiten.»

Wenn wir davon ausgehen, dass sich das eidgenössische Betäubungsmittelgesetz nicht kurzfristig verändern lässt, müssen wir uns auch bewusst sein, dass die offizielle Zahl der Drogentoten in der Schweiz von heute rund 240 in den nächsten drei bis fünf Jahren auf insgesamt zirka 1500 ansteigen wird. Dabei sind die Süchtigen, die etwa durch eine HIV-Infektion sterben werden, noch nicht einmal mitgezählt.

Klaus Meyer: Das Risiko der Verelendung im Drogenmilieu wird in den kommenden Jahren noch zunehmen, wenn wir nicht mit den eben genannten Massnahmen dagegen ankämpfen. Diese Verelendung verursacht im übrigen bedeutend höhere Folgekosten als die Drogensucht an sich. Die Argumente der Gegner einer Entkriminalisierung der Drogenkonsumenten, durch die Abgabe von Heroin würde der Drogentourismus gefördert, oder es würden dann 12 jährige zum Drogenkonsum verführt, stehen im krassen Widerspruch zu einer Untersuchung des Zürcher Arztes André Seidenberg, der eine diversifizierte Opiatabgabe postuliert, wie sie etwa in Liverpool in England mit Erfolg praktiziert wird. Es gibt also durchaus Beispiele, wie das Drogenproblem auf pragmatische Art und Weise zwar nicht aus der Welt geschafft, aber zumindest in gewissen Bereichen gelöst werden kann.

Wenn nun allerdings im Kanton Basel-Stadt die Abgabe von Morphin statt von Opiaten diskutiert wird, dann ist dies ein eher fragwürdiges Unterfangen. Denn zum einen soll nur ein kleiner und vermutlich «pflegeleichter» Konsumentenkreis in diesen Versuch miteinbezogen werden, zum anderen wird dadurch die eigentliche Frage der Heroinabgabe wieder vom Tisch gewischt. Die Morphinabgabe, die heute schon relativ problemlos und ohne Bundesentscheid machbar wäre, verwässert das Hauptproblem eindeutig. Dies zeugt von einer Strategie, Lösungsansätze im Drogenbereich, die aus der Sackgasse führen könnten, zunichte zu machen und dafür andere Sackgassen aufzutun.

DW: Kann das Gassenzimmer, das nun eröffnet wurde, etwas zur Lösung der angespannten Situation in der Fixerszene beitragen?

Klaus Meyer: Zur Beantwortung dieser Frage muss man etwas weiter ausholen. Der erste Entwurf für ein solches Gassenzimmer, basierend auf den Erfahrungen in Bern, wurde vom Verein «Schwarzer Peter» in Zusammenarbeit mit dem Gassenarbeiter des «Drop-In» vor rund fünf Jahren erarbeitet. Während der Vernehmlassung dieses Entwurfs, der auf eine Abstützung des Projekts auf mehrere Trägerschaften hinauslief, beauftragte der Vorsteher des baselstädtischen Justizdepartementes, Regierungsrat Peter Facklam, die Leitung des «Drop-In», ein eigenes Projekt zu entwickeln. Wir boten dabei immer wieder unsere guten Dienste

an, wurden jedoch auf nicht sehr faire Art und Weise abgeblockt, obwohl wir in diesem Bereich der Drogenarbeit über die grösste Erfahrung im Kanton verfügen. Das «Drop-In» entwickelte dann vor zirka drei Jahren das Konzept des Gassenzimmers wie es jetzt vis-à-vis des Klinikums 2 des Kantonsspitals eröffnet wurde.

Vom Inhalt her wird mittlererweilen auch vom «Drop-In» bzw. der AAJ akzeptiert, dass gewichtige Unterschiede zwischen einem Gassenzimmer und dem «Fixerstübli» bestehen. Während das «Fixerstübli» ein Angebot der Überlebenshilfe ist, hat das Gassenzimmer ein klares Betreuungskonzept bzw. einen therapeutischen Ansatz. Eidgenössische Statistiken zeigen aber, dass nur rund 2 Prozent der Süchtigen durch solche therapeutische Angebote, und dazu gehört auch das Gassenzimmer, angesprochen werden. Was aber passiert mit dem Rest? Wir gehen davon aus, dass dieser Rest weiterhin das «unkomplizierte» Angebot «Fixerstübli» brauchen und frequentieren wird. Der grosse Harst der Fixer wird durch das Gassenzimmer nicht aus ihrem Szenentreffpunkt im Kleinbasel «weggelockt». Für eine Verteilung der Drogenszene auf die ganze Stadt bzw. eine Entlastung des Kleinbasels bedarf es mehrerer gassennaher Einrichtungen wie dem «Fixerstübli». Trotz gewisser Vorbehalte unterstützen wir aber das Gassenzimmer als einen Bereich der Drogenarbeit.

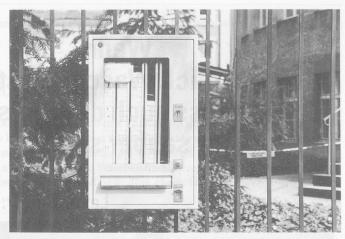
Charles Décostard: Eine solche Verteilung der «Drogenlast» erfordert aber auch ein Ende der Ausgrenzung von Randgruppen, wie es die Süchtigen sind. Noch immer werden Drogenabhängige in unserer Gesellschaft verteufelt. Präventionsmassnahmen müssten daher in erster Linie gegen diese Verteufelung gerichtet sein.

DW: Vor kurzem wurden ja vom baselstädtischen Sanitätsdepartement im Stadtzentrum Spritzenautomaten zur Aids-Prävention aufgestellt. Welche Erfahrungen wurden bisher damit gemacht?

Charles Décostard: Gerade am Beispiel der Spritzenautomaten lässt sich die mangelnde Akzeptanz der Drogensüchtigen belegen. Während der Verkauf in der Kleinbasler Rheingasse nahe dem «Fixerstübli» mit rund 500 bezogenen Spritzen im ersten Monat relativ problemlos angelaufen ist, wurde der Automat in der Nähe des Stadttheaters im Grossbasel schon bald durch Vandalen zerstört, und obwohl keine einzige Spritze verkauft wurde, hat sich bereits nach zwei Tagen die Interessengemeinschaft der dortigen Läden und Geschäfte mit einer Unterschriftensammlung gegen diese Einrichtung zur Wehr gesetzt. Dabei müsste doch diese Aids-Prävention auch im Sinne der breiten Bevölke-



Das «Fixerstübli» des Vereins «Virus» am Basler Lindenberg als wichtiges Angebot in der Drogenhilfe ist von der Schliessung bedroht.



Der Spritzenautomat: Ein Beitrag zur Aids-Prophylaxe in Basel. (Fotos Dieter Wüthrich)

rung sein. Die Wartung der Automaten wird im übrigen durch einen Drogenabhängigen besorgt, der zurzeit im Methadonprogramm steht.

Aus meiner Sicht ist der Standort in der Grossbasler Steinenvorstadt allerdings nicht sehr glücklich gewählt, da durch Jugendbanden, die sich dort aufhalten, bereits ein polarisiertes Klima herrscht.

DW: Bestehen oder bestanden seitens des Vereins «Schwarzer Peter» Kontakte mit den Anwohnern des «Fixerstüblis»? Wie gestalten sich diese Kontakte?

Klaus Meyer: Ich arbeite nun schon seit sechs Jahren in diesem Quartier, und im Laufe der Zeit haben sich natürlich eine Vielzahl von Kontakten ergeben, die zum Teil einvernehmlich und zum Teil kontrovers waren, sich aber immer mehr durch gegenseitigen Respekt auszeichneten. Mir war immer klar, dass man sowohl die Interessen der Anwohner als auch diejenigen der Süchtigen ernst nehmen muss. So haben wir immer wieder gegen die Gettoisierung der Szene angekämpft, was auch der Quartierbevölkerung entgegen kommt. In unserer Arbeit müssen wir immer wieder Visionen entwickeln. Eine solche Vision, die wir nach der polemisch geführten Diskussion um den mobilen «Spritzenbus», wo die Fixerinnen und Fixer saubere Spritzen hätten beziehen können, in die Tat umgesetzt haben, ist der sogenannte «Stammtisch», wo sich Anwohner und Drogenabhängige regelmässig jeden Monat einmal zum Gespräch treffen. Als Ergebnis dieser Gespräche hat sich vor einiger Zeit ein paritätisch zusammengesetztes Aktionskomitee gebildet, das mit konkreten Aktionen, etwa die Aufstellung eines Fixercontainers im Grossbasel, die Situation im Kleinbasel entkrampfen möchte.

DW: Hat sich die Drogenszene in den vergangenen Jahren verändert? Was sind die Gründe dafür?

Charles Décosterd: Die Szene ist immer brutaler geworden. Ausgelöst wurde dies in erster Linie durch die repressiven Bedingungen, mit denen sich die Fixer zunehmend konfrontiert sahen. Dies hat dann auch zu einer grossen Härte innerhalb der Szenebeziehungen geführt. Eine Verbesserung des Klimas, auch im Kleinbasel, ist nur über eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Süchtigen zu erreichen. Dies ist eine Erkenntnis, die sich mittlerweilen auch am «Stammtisch» durchgesetzt hat.

DW: Lassen sich aus der Vielzahl von Einzelschicksalen Merkmale einer typischen «Fixerkarriere» herauskristallisieren?

Klaus Meyer: Es gibt bis heute keine wissenschaftlich fundierten Anhaltspunkte, die eine solche Typisierung zulassen würden. Dabei ist die Frage nach den Ursachen der Drogensucht viel weniger brennend, als die Suche nach den Gründen für die zunehmende Verelendung der Drogenszene. Wir leben nun einmal in einer Gesellschaft, die ein riesiges Suchtpotential in sich trägt. Drogen werden produziert, und was produziert wird, findet auch einen Absatzmarkt.

DW: Wie gehen Sie persönlich mit dem Thema Sterben um, mit dem Sie ja in Ihrer Arbeit täglich konfrontiert werden?

Klaus Meyer: Vielfach verdrängen wir dieses Thema, weil wir unsere Arbeit sonst vermutlich nicht lange tun könnten. Unsere Kultur propagiert ja die ewig währende Jugend als Ideal, während wir zum Tod ein eher gestörtes Verhältnis haben. Manchmal packt uns aber auch eine grosse Wut angesichts der Tatsache, dass die Fixer ja nicht durch irgendwelche höhere Umstände zugrunde gehen, sondern nicht zuletzt durch unsere Ignoranz und eine vielerorts herrschende Inkompetenz. Es ist ja so, dass die meisten Fixer nicht durch eine Überdosis reinen Heroins sterben, sondern durch eine politoxikomane Vergiftung. Dies liesse sich aber durch den entkriminalisierten Zugang zur Droge vermeiden. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht länger leisten, die Kreativität und Kompetenz, die von vielen Fachleuten in die Drogenarbeit eingebracht wird, einfach zu ignorieren. Diesbezüglich geht es uns ähnlich wie Indianerstämmen, die ja auch die besten Leute zur Jagd geschickt haben, da sie sonst wohl verhungert wären.

